

Historie zum Themenfeld Lärmschutz auf der Luxemburger Straße und Beitrag zu einem sachlich geführten Diskurs

Liebe Leser:innen,

wir freuen uns, dass die Stadtverwaltung nun endlich tätig wird und den Lärmschutz aus Gesundheitsgründen vorantreibt, in dem Tempo 30 auf der Lux eingeführt wird. Unglücklicherweise wird die Debatte derzeit unsachlich geführt. Durch populistische Begriffe und Kritik an einzelnen Personen wird das Thema unnötigerweise emotional aufgeladen. Die Vorwürfe gegenüber der Verwaltung, diese Maßnahme sei "demokratiefren" und werde nun „im Schweinsgalopp“ oder auch im „Husarenritt“ eingeführt, stoßen bei uns auf Unverständnis, da die kritisierenden Parteien und Verbände keine Lösungsvorschläge vorgetragen haben. Die vorliegenden Klagen zeigen, dass jahrelanges Nichtstun zu entsprechenden kurzfristigen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr zwingt. Die Entscheidung, Tempo 30 anzuordnen, fällt nicht vom Himmel und ist keinesfalls ein Alleingang des Verkehrsdezernats. Dieser Entscheidung sind zahlreiche Schritte vorausgegangen und daher möchten wir Ihnen mit einer kurzen Chronologie einen Überblick bieten:

Die Parteien waren seit 2022 über die Forderungen der Anwohnenden nach Lärmschutz informiert

1. Bürgereingabe: Anfang 2022 wurde unsere Eingabe u.A. für die Einführung von Tempo 30 im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden beraten. Mehrheitlich wurde beschlossen (bei Enthaltung der FDP), die Lux in „eine Prüfung für Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, der Reduzierung von Lärm und Schadstoffen einzubeziehen.“ (AN/0566/2021)
2. Mitte 2022 gründeten wir die Interessengemeinschaft Lebenswerte Lux und stellten uns und unsere Forderungen u.A. nach Lärmschutz im Weißhaus-Kino der Öffentlichkeit vor. Die Presse berichtete darüber ausführlich. Im Anschluss stellten wir „Lärmschutzanträge“ bereit, die Betroffene bei der Stadt einreichen konnten. Ab diesem Zeitpunkt gingen weit mehr als 60 Anträge bei der Stadtverwaltung ein.
3. Im Jahr 2023 gingen wir mit den Menschen vor Ort in den Austausch. Wir führten vier „Werkstattgespräche“ durch, in denen wir uns mit den Anwesenden jeweils den Themen Fußverkehr, Lärmschutz, Radverkehr und Gewerbe widmeten. Die Einladungen wurden öffentlichkeitswirksam verteilt und auch Politik:erinnen der Bezirksvertretung beteiligten sich.
4. Um die Erkenntnisse aus den Werkstattgesprächen in die Politik zu transportieren, haben wir uns mit Fraktionen der Bezirksvertretung Lindenthal ausgetauscht. Dabei führten wir konstruktive Gespräche mit dem Ortsverband der Linken, dem Ortsverband der SPD und der CDU (Ortsverband, Ratsmitglied sowie Vertreter des Verkehrsausschusses).
5. Anfang diesen Jahres mussten wir die traurige Bilanz ziehen, dass unsere zahlreichen Bemühungen, auf konstruktivem Weg Lösungen herbeizuführen, erfolglos waren. Die vielen Antragsstellenden waren nach zwei Jahren von Teilen der Politik und Stadtverwaltung enttäuscht. Im Februar 2024 beauftragten die ersten vier Antragstellenden den Rechtsanwalt Herrn Sedlak, die Straßenverkehrsbehörde auf Untätigkeit zu verklagen. Das Medienecho war riesig und die Forderungen nicht zu überhören. Die Volt-Fraktion stellte daraufhin im Verkehrsausschuss eine Anfrage über den Ausgang vergangener Verfahren und Informationen zu laufenden Lärmverfahren.
6. Am 14.06.2024 wurden wir vom Verwaltungsgericht über die geplante Einführung von Tempo 30 auf der Luxemburger Straße in Kenntnis gesetzt.

Zusammenfassend haben wir seit unserer Gründung im Jahr 2022 regelmäßig auf die Lärmproblematik hingewiesen und die Einführung von Tempo 30 als schnelle, effektive und kostengünstige Maßnahme vorgeschlagen. In direkten Gesprächen mit den Parteien haben wir eindrücklich auf die Notwendigkeit zu handeln aufmerksam gemacht und vor den anstehenden Klageverfahren gewarnt.

Es verwundert uns daher, dass Teile der Kommunalpolitik nun vom Vorgehen der Stadtverwaltung überrascht sind. Mit der Einführung von Tempo 30 wurden keine ideologischen Verkehrskonzepte über die demokratischen Gremien hinweg durchgesetzt, sondern der im Bundes-Immissionsschutzgesetz verankerte Schutz der Gesundheit endlich umgesetzt. Dass die Stadtverwaltung im Falle der Luxemburger Straße nicht erst abwartet, bis das Verwaltungsgericht die lärmindernden Maßnahmen anordnet, begrüßen wir natürlich ausdrücklich und forderten wir bereits zu Beginn der Klageverfahren. In Zeiten von knappen Haushaltsmitteln werden somit kostbare Ressourcen gespart und die Anwohnenden der Luxemburger Straße endlich vor Lärm geschützt.

Beurteilungen

Anbei sind ausführliche Statements von fünf Verbänden und Initiativen angehängt, die die Einführung von Tempo 30 als Lärmschutzmaßnahme auf der Lux begrüßen. Folgende Ausschnitte möchten wir zitieren:

„Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen innerorts zählt zu den zentralen Forderungen der Kidical Mass. Auf der Luxemburger ist das kein KANN sondern ein MUSS, um die gesetzlichen Vorgaben zum Lärmschutz einzuhalten.“ — Simone Kraus, Kidical Mass Köln

„Wir begrüßen die Entscheidung der Stadtverwaltung. Sie macht die Luxemburger Straße sicherer. Bei 30 km/h ist der Reaktions- und Bremsweg von Autofahrenden deutlich kürzer und Verletzungen fallen weniger gravierend aus.“ — Alison Haywood, Fahrrad-Entscheid Köln

*„[...] Insofern ist die Geschwindigkeitsreduzierung von Tempo 50 auf 30 auch für Fußgänger*innen insbesondere unter Sicherheits- und Gesundheitsaspekten „ein Segen“. Deshalb unterstützt die Ortsgruppe Köln des FUSS e.V. diese Maßnahmen voll.“* — Anne Grose, FUSS e.V. Ortsgruppe Köln

„Der VCD Regionalverband Köln begrüßt die Geschwindigkeitsreduktion und äußert sein Unverständnis für die heftige Kritik von Teilen der Politik an dieser Maßnahme: „Endlich wird dem Gesundheitsschutz Rechnung getragen. Bisher wurde dieses Schutzgut häufig ignoriert.““ — Hans Georg-Kleinmann, VCD Regionalverband Köln e.V.

„Dass die Gültigkeit des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für Köln selbst von politischen Parteien aus dem demokratischen Spektrum offensichtlich angezweifelt wird, ist respektlos gegenüber den Menschen, die dort leben. Darüber hinaus ist es aber auch unverantwortlich gegenüber dem Steuerzahler, wenn gefordert wird, dass die Stadt für viel Geld erst mehrere Instanzen der Gerichtsbarkeit durchlaufen soll, um das mit an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit kommende Urteil zur Temporeduktion zu erhalten.“
 — Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club (ADFC) Köln



Die Luxemburger Straße in Köln hat verschiedene Funktionen. (Grafik: ADFC Köln)